

IDZ – INSIGHTS

NEWSLETTER DES INSTITUTS
FÜR DEMOKRATIE UND
ZIVILGESELLSCHAFT

 twitter.com/idz_jena

 facebook.com/idzjena

 www.idz-jena.de

2023 | 02

Vorwort

Liebe Leser*innen,

wo die politische Unzufriedenheit zunimmt und das Vertrauen in demokratische Akteur*innen, Institutionen und Prozesse schwindet, schauen viele Menschen in Thüringen und anderswo mit Beunruhigung auf die Zukunft: vor allem auch, was den aktuellen Höhenflug der extrem rechten AfD in den Umfragen anbetrifft. Bei vielen Menschen wächst die Sorge, dass der Gestaltungsspielraum für eine menschenrechtsorientierte und vernunftgeleitete Politik weiter eingeschränkt wird: in der Klima- und Energiepolitik, in der Asylpolitik, aber auch in Hinblick auf Fragen inklusiver gesellschaftlicher Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit und der Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt.

Bei nicht wenigen scheint auch die Selbstgewissheit ins Wanken zu geraten, den konzertierten Angriffen von Rechtsaußen genügend demokratische Abwehrkräfte entgegenzusetzen. Um so wichtiger ist es, an den Zusammenhalt aller demokratischen Akteur*innen über Partei- und Milieugrenzen hinweg zu appellieren und an der konsequenten Ablehnung menschenfeindlicher Positionen festzuhalten. Den Strategien der Demokratiefeind*innen – zum Beispiel ihre Hetzkampagnen gegen Feminismus und geschlechtliche Vielfalt – muss mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt werden. Nicht zuletzt die jüngsten Angriffe auf die Antifeminismus-Meldestelle der Amadeu Antonio Stiftung (www.antifeminismus-melden.de) haben gezeigt, dass die Desinformation und Verleumdung von Rechtsaußen längst diskursmächtig sind. Dies gilt es, mit Aufklärung und Bildung zu bekämpfen – und durch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Initiativen, die sich unermüdlich für Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Akzeptanz engagieren.

Die Herausforderungen für die Demokratie sind derzeit vielfältig – sie beinhalten nicht nur komplexe gesellschaftliche Themen und Prozesse, sondern sind immer auch in historischen Kontinuitäten verankert. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen am IDZ legt in ihrem aktuellen Jahresbericht dar, dass antisemitische Vorfälle im Freistaat im letzten Jahr zugenommen haben. Insbesondere der Post-Shoah-Antisemitismus, der mit Motiven der Schuldabwehr, Relativierung und Geschichtsrevidierung verbunden ist, stellt eine auffällige Häufung dar. Deutlich wird, dass das Phänomen des Antisemitismus nicht auf „den rechten Rand“ beschränkt ist. Die Arbeit von RIAS macht sichtbar, dass es eben nicht allein um Straftatbestände geht, sondern beispielsweise auch um staatlich nicht geahndete, aber inakzeptable Äußerungen im Alltag und Vorkommnisse im öffentlichen Raum, mit denen Jüdinnen*Juden – auch ohne direkte Adressierung – angegriffen, beleidigt und diskriminiert werden.

Auch in dieser Ausgabe der IDZ-Insights geben wir einen Überblick über aktuelle Forschungs- und Transferaktivitäten unseres Instituts, berichten über Neues aus den Projekten und schauen auf Veranstaltungen und Veröffentlichungen im letzten Halbjahr zurück. Außerdem werfen kommende Veranstaltungen ihre Schatten voraus – selbstverständlich würde es uns freuen, Sie auch dazu wieder zahlreich begrüßen zu dürfen.

Viele interessante Einsichten wünschen Ihnen im Namen des gesamten IDZ-Teams

Anne Tahirovic, Janine Dieckmann und Axel Salheiser



INHALT

4 Aktueller RIAS-Jahresbericht zeigt besorgniserregende Schwerpunktbildungen in Thüringen auf

6 Aktuelles aus den Forschungsprojekten am IDZ

10 Aktuelles aus den FGZ-Forschungsprojekten am IDZ

12 Aus der Arbeit des IDZ: Veranstaltungen & Veröffentlichungen

17 Veranstaltungsankündigungen

19 Call for Papers Band 15 der Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie

Impressum

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Tatzendpromenade 2a | Eingang 1 | 07745 Jena

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor*innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor*innen.

Redaktionsschluss: 27. Juni 2023

In Trägerschaft der:



Gefördert von:



Aktueller RIAS-Jahresbericht zeigt besorgniserregende Schwerpunktbildungen in Thüringen auf

von Susanne Zielinski

Insgesamt 243 antisemitische Vorfälle dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen für das Jahr 2022. Damit hat sich die Zahl der dokumentierten Vorfälle im Vergleich zu 212 Gesamtvorfällen im Vorjahr leicht erhöht. Unter den 243 Gesamtvorfällen wurden **181 Massenzuschriften, 51 Fälle verletzendes Verhaltens, 9 gezielte Sachbeschädigungen und 2 Bedrohungen** erfasst.



243 antisemitische Vorfälle dokumentierte RIAS Thüringen für das Jahr 2022: Unter den dokumentierten Vorfällen waren 2 Bedrohungen, die sich beide gegen Jüdinnen* Juden richteten (Quelle: RIAS-Jahresbericht 2022, S. 22f.)

Die 181 Massenzuschriften richteten sich an Mitarbeitende zivilgesellschaftlicher und politischer Institutionen sowie weitere Einzelpersonen. Die E-Mails hatten größtenteils Shoah-relativierende und verschwörungsideologische Inhalte. 51 Vorfälle fielen unter die Kategorie verletzendes Verhalten: 23 Vorfälle wurden im Zuge von Versammlungen dokumentiert und 28 in weiteren Kategorien wie Schmierereien im öffentlichen Raum oder

antisemitische Äußerungen von Angesicht zu Angesicht. 8 der 9 der gezielten Sachbeschädigungen richtete sich gegen Gedenkstätten und Gedenkkorte.

Die Dokumentation der Meldestelle zeigt verschiedene Problemfelder Thüringens auf, die sich zum Teil deutlich von anderen Bundesländern unterscheiden:

So wurden 87 % der Gesamtvorfälle dem **Post-Shoah-Antisemitismus** und 85 % dem **modernen Antisemitismus** zugeordnet. Post-Shoah-Antisemitismus steigerte sich im Vergleich zum Vorjahr (2021: 75 %) um 14 %. Beim modernen Antisemitismus zeigt sich sogar eine markante Steigerung um 45% (2021: 40 %).

Thüringen sticht mit den sehr hohen Anteilen dieser Erscheinungsformen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich hervor.

Zum Post-Shoah-Antisemitismus gehören die Relativierung oder Leugnung der nationalsozialistischen Massenverbrechen sowie Formen der NS-Verherrlichung und Angriffe auf die Erinnerungskultur. Einige dieser Vorfälle – beispielsweise die Serie von Anschlägen auf die Gedenkbäume der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora – zeigten besonders drastische und aggressive Formen von Post-Shoah-Antisemitismus. Daneben wurde moderner Antisemitismus, der sich vor allem in Verschwörungsnarrativen äußert, dokumentiert. Hier zeigt sich eine markante Steigerung um 45 % im Vergleich zum Vorjahr (2021: 40 %).

Gleichzeitig dominierten 2022 Vorfälle, die sich im Kontext der **Krisenmobilisierung** ereigneten. Antisemitismus ist in diesem Kontext unter anderem im Rahmen von Kundgebungen und Versammlungen deutlich sichtbar geworden und mit erschreckender Regelmäßigkeit zu beobachten. Organisator*innen und Teilnehmer*innen waren zumeist rechtspopulistische und rechtsextreme



Gruppierungen wie beispielsweise AfD, „Freies Thüringen“, „Miteinanderstadt Gera“, „Freie Sachsen“ etc.

Bei insgesamt 203 der 243 Gesamtvorfälle (83 %) wurde eine inhaltliche Bezugnahme auf die **Covid-19-Pandemie** und bei 124 Fällen (51 %) auf den **russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine** festgestellt, wobei es hier meist zu Überschneidungen kam. 193 Vorfälle (79 %) hatten einen **verschwörungsideologischen Hintergrund**, darunter sämtliche Massenzuschriften. Letztere wiesen alle inhaltliche Bezüge zu Themen der Krisenmobilisierung auf. In 14 Fällen (5 %) wurde ein rechtsextremer oder rechtspopulistischer Hintergrund dokumentiert.

Dass in dieser Kategorie eine nur so geringe Anzahl an Zuordnungen stattgefunden hat, hängt auch damit zusammen, dass antisemitische Vorfälle, die einen rechtsextremen Hintergrund vermuten lassen, sich in den meisten Fällen ohne Zeug*innen des Tathergangs ereignen (etwa im Fall von gezielter Sachbeschädigung), die Täter*innen meist nicht ermittelt werden können und entsprechend kein weltanschaulicher Hintergrund zugeordnet werden kann.

Auffallend ist auch, dass Post-Shoah-Antisemitismus und Moderner Antisemitismus von Mitgliedern der **AfD** und deren Umfeld verbreitet wurden. Antisemitische Erzählungen und Codes zeigen sich in den von RIAS dokumentierten Vorfällen als wiederkehrende, typische Elemente der Ideologie der **Thüringer AfD**, die nicht nur von Teilnehmer*innen bei Kundgebungen der Partei, sondern auch von deren Abgeordneten in anderen öffentlichen Kontexten verbreitet werden. So kam es unter anderem zu einem Vorfall während einer Parlaments Sitzung im Thüringer Landtag.

„Indem auch von Mitgliedern und Abgeordneten der AfD Moderner Antisemitismus und Post-Shoah-Antisemitismus auf Kundgebungen, Versammlungen und

sogar im Landtag verbreitet werden, kommt es zu einer Enttabuisierung. Antisemitismus wird auf diese Weise normalisiert und die Grenzen des Sagbaren immer weiter verschoben“, erklärt Susanne Zielinski, Leiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus.



Susanne Zielinski, Leiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, bei der Vorstellung des Berichts am 13. Juni 2023 in Erfurt im Rahmen der Regierungsmedienkonferenz

Der Jahresbericht steht hier zum Download bereit: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thueringen/Antisemitische_Vorfaelle_in_Thueringen_2022.pdf.



Aktuelles aus den Forschungsprojekten am IDZ

Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) nimmt Arbeit auf

Am 1. Januar 2023 ist das Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX) gestartet. Das BMBF-geförderte Forschungsprojekt wird von einem Verbund aus vier Institutionen durchgeführt: dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, dem Kompetenzzentrum für Rechts- extremismus- und Demokratieforschung (KreDo) der Universität Leipzig, dem So.Con – Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit der Hochschule Niederrhein und dem IDZ. Gemeinsam etablieren sie die drei Plattformen Wissenschaft, Junge Forschung und Transfer, aus denen sich das Wissensnetzwerk zusammensetzt. Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen im Jenaer Teilprojekt sind Jessica Hoyer und Viktoria Kamuf.

Das IDZ ist gemeinsam mit dem So.Con für die Plattform Transfer zuständig, deren zentrales Anliegen es ist, praktisches und zivilgesellschaftliches Wissen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu verknüpfen und den Austausch zwischen Akteur*innen aus Praxis, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu stärken. Dazu führt das IDZ dieses Jahr eine Bedarfsabfrage unter Akteur*innen, die sich in ihrer Arbeit oder in ihrem Engagement mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, durch: Welche neuen Phänomene beobachten sie aktuell im Themenfeld? Welche Wege und Formate nutzen sie zum wechselseitigen Wissenstransfer mit der Wissenschaft? Auf welche Herausforderungen und Hürden stoßen sie dabei? Die Online-Befragung befindet sich aktuell in der Vorbereitung und wird voraussichtlich im Herbst an den Start gehen.



Falls Sie selbst sich in ihrer Arbeit oder in ihrem Engagement mit Rechtsextremismus beschäftigen: Wir werden Sie informieren, sobald der Fragebogen online ist und freuen uns, wenn Sie ihn beantworten und in Ihre Netzwerke weiterleiten!

Start einer Studie zur Auswertung der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex

2022 jährte sich die Selbstenttarnung des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zum elften Mal. Die strafrechtliche Aufarbeitung zu den Verbrechen des Kerntrios ist abgeschlossen. Der Deutsche Bundestag und die Landtage mehrerer Bundesländer haben in Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (kurz: PUA) wichtige Aufklärungsarbeit geleistet. In den Untersuchungsausschüssen sind zahlreiche Empfehlungen für Reformen u. a. im Bereich der Polizei und Justiz ausgesprochen worden. Sowohl der Freistaat Sachsen als auch der Bund fordern in ihren jeweiligen aktuellen Koalitionsverträgen die weitere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus allgemein und dem NSU im Speziellen.

Die derzeit von IDZ und AAS gemeinsam durchgeführte Studie „Auswertung der Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse“ dient folgenden übergeordneten Zielen:

- Bilanz zum Stand der Umsetzungen wesentlicher Empfehlungen aus den unterschiedlichen NSU-Untersuchungsausschüssen und weiteren zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Untersuchungen und Dokumenten
- Darstellung einer Übersicht von Handlungsmöglichkeiten aus diesen Dokumenten für das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG)

Grundlage für die Studie sind Dokumentenanalysen und qualitativ-methodische Einzel- und Gruppeninterviews mit Akteur*innen aus Justiz und Zivilgesellschaft. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen



Kooperationspartner*innen umgesetzt. Auftraggeberin ist das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG). Das Projekt hat am 1. Februar begonnen und endet voraussichtlich am 31. Dezember 2023.

Neues BMBF-Verbundprojekt mit IDZ-Beteiligung: Radikalisierung auf Gaming-Plattformen und Messenger-Diensten (RadiGame)

Seit dem 1. Mai 2023 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in seiner Förderlinie „Zivile Sicherheit – Bedrohungen aus dem digitalen Raum“ ein dreijähriges Verbundprojekt, bei dem Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen von deutschlandweit acht Institutionen zusammen mit weiteren assoziierten Partner*innen zur Radikalisierung auf Gaming-Plattformen und Messenger-Diensten forschen werden. Koordiniert wird der Forschungsverbund von der Technischen Universität Berlin.

Das Teilprojekt, welches das IDZ verwirklicht, hat zum Ziel, Wissensbestände und Handlungslogiken der digitalen Extremismusbekämpfung und -prävention im Bereich von Gaming-Plattformen und Messenger-Diensten zu untersuchen und dazu Austauschformate zwischen Strafverfolgungs- und Justizbehörden, Plattformbetreiber/Anbieterfirmen sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen im Digitalbereich zu gestalten. Dabei arbeitet das Projekt eng mit dem Projekt „Good Gaming – Well-played Democracy“ der Amadeu Antonio Stiftung zusammen.

Immer viel los im internationalen Netzwerk NETHATE

Im Februar 2023 arbeiteten alle NETHATE-Forscher*innen gemeinsam mit Dr. Jamie Gallagher vom Trinity College Dublin, einem Spezialisten für öffentliches Engagement, an der Wissenschaftskommunikation. Sie machten sich strategische Gedanken darüber, wie sie ihre Forschungsfragen und -ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen und Zivilgesellschaften und politische Entscheidungsträger erreichen können.

NETHATE Early Stage Researcher (ESRS) und Principal Investigators (PIs, also Supervisors/Betreuer*innen) trafen sich im April an der Universität Antwerpen (Belgien) zu Schulungen und zum NETHATE-Annual Meeting. Der Schwerpunkt der Schulung lag auf dem Thema „How to counter online hate speech“: Ein Teil des Workshops wurde von Prof. Richard Rogers von der Universität Amsterdam geleitet, ein anderer Teil bestand aus einem öffentlichen Gespräch. Der NETHATE-Roundtable wurde von Prof. Karolien Poels organisiert und Expert*innen aus Forschung und Praxis präsentierten ihre Perspektiven: Prof. Desiree Schmuck (KU Leuven), Louisa Klingvall (Referat Grundrechte der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission), Dr. Paloma Viejo Otero (ZeMKI, Universität Bremen), Romeo Matsas (Direktor Policy & Social Change bei Plan International Belgien) und Textgain (Spin-off der Universität Antwerpen).

Dazwischen arbeitete die IDZ-NETHATE-Forscherin Laura Dellagiocoma zwei Monate bei der Mobilien Beratung MOBIT, wo ein neues Meldesystem für Individuen und Gruppen eingerichtet wird, die von digitalem Hass betroffen sind und/oder sich dagegen engagieren möchten.

Für den Sommer 2023 steht die Konferenz der Internationalen Gesellschaft für politische Psychologie (ISPP) in Montreal an. Laura Dellagiocoma wird mit anderen ESRS an der ISPP-Academy teilnehmen und ihre Arbeit bei dem Konferenzpanel „Hate Crime, Human Rights and Victimization“ vorstellen.



Doktorandin Laura Dellagiocoma, die im Rahmen des NETHATE-Programmes am IDZ arbeitet, während des NETHATE-Annual Meetings an der Universität Antwerpen

NEOVEX-Verbundtreffen und -Abendveranstaltung in Jena

Am 30. und 31. März 2023 fand das zweitägige NEOVEX-Verbundtreffen am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena statt. Das Treffen war dem inhaltlichen Austausch und der Planung der weiteren Zusammenarbeit gewidmet. So tauschten sich die Teilprojekte unter dem Titel „Netzwerkbeben“ über die Herausforderungen für die Forschung aus, die sich aus den aktuellen Entwicklungen in der Plattformlandschaft ergeben. Insbesondere mit Blick auf weitere Einschränkungen im Zugang zu Daten wurden Szenarien für die Forschung in digitalen Räumen debattiert.



Teilnehmer*innen des zweitägigen NEOVEX-Verbundtreffens am 30. März 2023 in den neuen Räumen des IDZ – mit dabei die IDZ-Mitarbeiter*innen Marcel Jaspert (2. v. l.), Jana Hitziger (4. v. l.) und Maik Fielziger (Mitte)

Am Abend des ersten Tages wurde im Kulturraum TRAFÖ in Jena die öffentliche Podiumsdiskussion „Hate Keepers oder Hate Machines? Tech-Konzerne und ihr Umgang mit digitalem Hass“ veranstaltet. Martin Fehrensen (Digitaljournalist und Herausgeber des Social Media Watchblog), Ole Nymoer (Buchautor und Podcaster) und Dr. Annett Heft (Weizenbaum Institut für die vernetzte Gesellschaft Berlin) diskutierten unter Moderation von Marcel Jaspert (IDZ Jena) über die politischen Einflussnahmen von Tech-Konzernen auf die Gestaltung digitaler Debatten und wie sich Maßnahmen auf die Verbreitung von Hass, Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus auswirken. Insgesamt war die Veranstaltung mit etwa 70 Besucher*innen gut besucht und es wurde nach dem offiziellen Programm im Foyer bei Essen und Getränken noch informell weiterdiskutiert.



Blick auf die gut besuchte öffentliche Podiumsdiskussion „Hate Keepers oder Hate Machines? Tech-Konzerne und ihr Umgang mit digitalem Hass“ am 30. März 2023 im Kulturraum TRAFÖ in Jena

Motiviert für eine weitere enge Zusammenarbeit und mit Ausblicken auf erste gemeinsame Veröffentlichungen wurde das Treffen am Freitagmittag beendet.

Workshops und Projektwoche im Projekt JUROP

Im Projekt JUROP „Jugendliche und Europa – Zwischen Polarisierung und Zusammenhalt“ (jurop.uni-jena.de) wurden aufbauend auf eigenen Forschungsergebnissen ein Workshop- und ein Projektwochenkonzept für die schulische und außerschulische politische Bildung entwickelt, welche EU- und europabezogene Themen jugendgerecht in die Schule bringen. Dabei wurde einerseits ein Schwerpunkt auf die Exploration und Diskussion der Inhalte und Fragen gelegt, die die Jugendlichen selbst interessieren. Das sind, wie unsere Untersuchungen in der ersten Projektphase gezeigt haben, häufig nicht die komplexen Institutionen, Verfahren und Prozesse der EU-Organe, sondern oftmals konkrete und aktuelle politische Gegenstände, wie Klima-, Migrations- und Friedenspolitik der EU. Hierfür, so der Eindruck vieler Jugendlicher unserer Untersuchungen, fehlt im Schulkontext oftmals die Zeit und der Raum.

Den zweiten Schwerpunkt der Bildungskonzepte bildet die zielgruppengerechte Thematisierung und Vermittlung dieser Inhalte. Dazu werden sowohl im Workshop als auch in der Projektwoche Möglichkeiten ausprobiert, diese Inhalte auf Social Media zu bringen (www.instagram.com/jugendliche_und_europa). In der Projektwoche erstellen die Jugendlichen zusätzlich eigene Stadtralleys, die aufzeigen, was Europa und EU mit ihrem Wohnort zu tun haben. Außerdem bildet ein Planspiel



den Abschluss der Projektwoche, in dem die in den EU-Verträgen festgehaltenen europäischen Werte mit denen der Teilnehmenden abgeglichen werden. Die Konzepte wurden von März bis Juni 2023 mit Schulklassen der 9. Klassenstufe in Thüringen und Nordrhein-Westfalen durchgeführt, evaluiert und entsprechend angepasst. Die beiden Bildungskonzepte werden zum Ende des Projektes in Form einer Methodenhandreichung an interessierte Pädagog*innen vermittelt und am 13. November 2023 auf einer pädagogischen Fachtagung in Jena vorgestellt (jurop.uni-jena.de/fachtagung).



Screenshot aus einem der beiden Workshops zum Thema „Europa – was geht mich das an“ in Nordrhein-Westfalen

Projekt Digital Awareness bereitet Digitalreport vor

Aktuell arbeitet das Projekt Digital Awareness an einem umfangreichen Digitalreport zur Klimabewegung auf Social-Media. Im Laufe des Junis und Julis werden vier Teilberichte über den Analyse-Feed des Projekts veröffentlicht: Ziel dieses Berichts ist es, einen ersten systematischen Überblick – eine digitale Landkarte – über die verschiedenen Akteur*innen der Klimabewegung, ihres Online-Auftritts und ihrer öffentlichen Kommunikation auf den Plattformen Facebook, Twitter und Instagram zu erhalten. Wie funktioniert die digitale Mobilisierung, welche Akteur*innen bestimmen das Feld? Welchen medialen Widerständen sind sie im Social-Media-Diskurs ausgesetzt? Wo sind eventuelle Schwachstellen in der kommunikativen Strategie zu identifizieren und an welchen Stellen kann diese angepasst werden, um die Reichweite klimaprogressiver Ideen zu verbessern? Diese Fragen sollen auf der Grundlage eines großen

Social-Media-Datensatzes mit quantitativen Methoden und qualitativen Einschätzungen beantwortet werden.

Neues Projekt zu deutschlandweiten Antidiskriminierungsberatungsfällen

Von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Auftrag gegeben, wird von Juni 2023 bis Februar 2024 am IDZ ein Projekt realisiert, das eine bundesweite Dokumentation von Antidiskriminierungsberatungsfällen erarbeitet. Das Projekt wird von Daniel Bartel geleitet.

Durch die Arbeit von Antidiskriminierungsberatungsstellen gelingt ein wichtiger Zugang zur Frage, wer von Diskriminierung betroffen ist und wie sich Diskriminierung äußert. Die Auswertung von Beratungsanfragen ermöglicht eine Beschreibung relevanter Diskriminierungskonstellationen bezogen auf Lebensbereiche, Diskriminierungsmerkmale und Diskriminierungsformen. Sie zeigt aber auch, wie Diskriminierungsbeschwerden bearbeitet werden. Im Rahmen des IDZ-Projektes wird eine bundesweite Erhebung unter Antidiskriminierungsberatungsstellen zu deren aktuellem Beratungsaufkommen und ihren Erkenntnissen aus der Beratungstätigkeit durchgeführt.

In Vorbereitung der quantitativen Erhebung wird es einen mehrstufigen Konsultationsprozess mit ausgewählten Antidiskriminierungsberatungsstellen und übergeordneten Netzwerken mit Fokus auf die Inhalte der Abfrage, die (technische) Vorgehensweise und die Darstellung der Ergebnisse geben. Die Ergebnisse der Erhebung sollen in den Fünften Gemeinsamen Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes einfließen, welcher 2024 dem Deutschen Bundestag vorgelegt wird. Auf Basis aggregierter Daten soll ein möglichst umfassendes Bild des Beratungsaufkommens zu Diskriminierung gezeichnet sowie die Arbeit von Antidiskriminierungsberatungsstellen sichtbar gemacht werden. Die entwickelten Befragungstools sollen für zukünftige Abfragen nutzbar sein.

Aktuelles aus den FGZ-Forschungsprojekten am IDZ

Erste Befunde aus dem Projekt Diversität – Engagement – Zusammenhalt (DEZ)

Was sind die Herausforderungen von Engagement in Community-Selbstorganisationen im Kampf gegen Rassismus, Antiziganismus und Ableismus? Um dies zu erforschen, haben die Mitglieder des Projektes Diversität – Engagement – Zusammenhalt (DEZ) 15 qualitative Interviews mit engagierten Menschen aus entsprechenden Organisationen geführt. Auch wenn die Auswertung noch andauert, so zeigen sich bereits erste Befunde:

Das Engagement stellt in vielen Fällen eine Unterstützung auf Ebene eines Peer-to-Peer-Ansatzes dar. Dabei investieren die Befragten viel Zeit für ihr Engagement und würden häufig gerne noch viel mehr machen. Ein besonders wichtiger Aspekt des Engagements ist der Zusammenhalt innerhalb der Community. Auch wenn es hier unterschiedliche Standpunkte und Positionen gibt, so zeigt sich doch, dass die Engagierten zumindest in Hinblick auf ihre rassistischen, antiziganistischen oder ableistischen Erfahrungen hier einen Safer Place finden, der Austausch und Verständnis ermöglicht.

Für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt deuten solche Befunde darauf hin, dass der bestehende Zusammenhalt, der in seiner Praxis auf Ausschlüssen und Hierarchisierungen beruht, nur schwer infrage gestellt werden kann. Die Betroffenen von Rassismus, Antiziganismus und Ableismus benötigen Orte der Regeneration von den Erfahrungen, die sie in der Dominanzgesellschaft machen. Wenn diese erste Stufe des Umgangs mit Ausgrenzung und Diskriminierung überwunden ist, dann ist die zweite Stufe zunächst die wechselseitige Hilfe innerhalb der Communitys. Doch die Engagierten nehmen immer wieder die Erwartungshaltung wahr, auch in die Dominanzgesellschaft hineinwirken zu sollen. Sie sollen die Dominanzgesellschaft unterrichten, ihre Ideologien

der Ungleichheit abzulegen. Doch unter Berücksichtigung des enormen Aufwandes, den Regeneration und Empowerment benötigen, ist dies eine Überforderung der häufig nur prekär ausgebauten Strukturen des Engagements. So beklagen insbesondere die ehrenamtlich Engagierten, dass das, was sie machen, eigentlich Aufgaben sind, die finanziert werden sollten.

Studiengang für Demokratiewerkstatt gestartet – ein Gewinn für Thüringen



Im April dieses Jahres haben die ersten Studierenden ihr Studium im Master „Civic Education. Demokratiewerkstatt in der digitalisierten Gesellschaft“ aufgenommen. Die Studierenden kommen aus verschiedenen Disziplinen und bringen unterschiedliche akademische Hintergründe mit. Die Ernst-Abbe-Hochschule Jena hat Anfragen von Interessierten aus dem ganzen Bundesgebiet erhalten. Dies bestätigt die Ergebnisse unserer Marktrecherche zu Beginn der Studiengangsentwicklung: Der Studiengang ist bislang einzigartig an deutschen Hochschulen.

„Ich freue mich über die hohe Motivation und das Engagement der Studierenden, die sich für diesen Weg entschieden haben. Durch das Zusammendenken von Theorie und Praxis im Rahmen des Masters haben wir die Möglichkeit, mit Einrichtungen und Initiativen zu kooperieren, die mit großem Ideenreichtum und Engagement



demokratische Prozesse in vielen Bereichen der Gesellschaft stärken“, so Studiengangsleiterin Professorin Nicole Harth.

Neue Ausgabe der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZRex) erschienen

Die fünfte Ausgabe der ZRex (Jg. 3, Heft 1) ist im April 2023 erschienen.

Artikel im Heft:

- „Es ist ein geistiger Kampf“: Predigten des Patriarchen Kirill im Kontext des Ukraine-Krieges // Hans-Ulrich Probst
- „Gegen die moderne Welt“. Julius Evola in Ungarn // Magdalena Marsovszky
- Der Aufstieg des parteiförmigen Rechtsextremismus in russischer Nachbarschaft: der Fall Estland // Florian Hartleb
- Introvertierte, querulante Widerstandskämpfer gegen ein korruptes System: Subjektivierung in Rechtsintellektuellen Diskursen // Malte Janzing
- Antisemitismus und Antifeminismus in Covid-19-Verschwörungsmithen // Philipp Polta
- Antifeminismus und naturalisierte Differenzvorstellungen - Ergänzungen zur Messung antiegalitärer Überzeugungen // Mara Simon und Raphael Kohl
- Wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen - Perspektiven von Betroffenen // Christoph Haker und Lukas Otterspeer
- Parallelen und Differenzen im Umgang mit extrem rechten Jugendlichen im Ost-West-Verhältnis. Eine machtkritische Analyse des Diskurses um die akzeptierende Jugendarbeit und das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt // Stefanie Lindner

Die Beiträge des Heftes liegen Open Access vor und können auch auf der ZRex-Seite des IDZ abgerufen werden: <https://www.idz-jena.de/forschung/zeitschrift-fuer-rechtsextremismusforschung-fgz>. Die gedruckte Ausgabe ist beim Verlag Barbara Budrich bestellbar unter <https://shop.budrich.de/produkt/zrex-1-2023-freie-beitraege/>.



ZRex: Call for Papers

Die interdisziplinär ausgerichtete Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZRex) freut sich über themenbezogene Einsendungen jeder Disziplin in den Bereichen der Empirie, Methodologie und Theorie sowie über anwendungsbezogene Beiträge. Beiträge für die ZRex können als full paper jederzeit eingereicht werden. Für das Heft 7 der ZRex, das im März 2024 erscheinen soll, erbitten wir Beiträge bis zum **31. August 2023**.

Die ZRex steht dem Austausch mit überschneidenden und angrenzenden Forschungsfeldern offen, wenn ein Bezug zur extremen Rechten gegeben ist, beispielsweise der Antisemitismus-, Rassismus-, NS-, Gender- und Zusammenhaltsforschung, und möchte die Brücke zwischen der nationalen und internationalen Forschung festigen. Die regionalen Schwerpunkte liegen auf Europa und USA, zugleich ist die ZRex offen für Beispiele aus anderen Weltregionen. Englischsprachige Beiträge, der international besetzte Beirat sowie die Berücksichtigung internationaler Bezüge bei der Auswahl und Begutachtung von Beiträgen sind zentrale Elemente für die Internationalisierung deutschsprachiger Fachdebatten in der ZRex.

Weitere Informationen zum Call finden sich unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Stellenausschreibungen/ZRex_Call_for_papers_Heft_7.pdf.

Aus der Arbeit des IDZ: Veranstaltungen & Veröffentlichungen

Band 12 der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ mit dem Schwerpunkt „Demokratie unter Druck“ bestell- und online abrufbar

Inwieweit steht unsere Demokratie derzeit unter Druck? Zahlreiche Krisensituationen bzw. Krisenerzählungen der letzten Jahre prägen das aktuelle gesellschaftliche Leben. Alle Menschen sind unmittelbar und spürbar in ihrem Alltag durch die Auswirkungen tiefgreifender Veränderungen berührt: Die Corona-Pandemie, die erhöhte Aufmerksamkeit für Klimawandelfolgen, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine seit Februar 2022 und die Energiekrise fordern die Menschen in hohem Maße – ebenso wie die Politik, die staatliche Infrastruktur und ihre Institutionen.



Der 12. Band der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ dokumentiert und reflektiert, in welchen Bereichen und in welcher Form demokratische Akteur*innen und Prinzipien aktuell unter Druck geraten, beispielsweise durch Anfeindungen und Angriffe. Über diese Zustandsbeschreibung hinausgehend nehmen die Beiträge Einordnungen in die jeweiligen gesellschaftlichen Kontexte vor und unterbreiten Handlungsempfehlungen. Sie beschäftigen sich mit bestehenden Maßnahmen zum Schutz von Demokrat*innen, mit notwendigen Ansatzpunkten sowie mit positiven Beispielen, wie das Verbreiten rechtsextremer Positionen eingedämmt werden kann und wie Einzelpersonen bzw. gesellschaftliche Akteur*innen geschützt und gewappnet werden können, um den „Druck auf die Demokratie“ zu verringern. Die Publikation kann unter bestellung@idz-jena.de bestellt und unter www.idz-jena.de heruntergeladen werden.

Forschungsbericht „Jena vor dem NSU“ erschienen und öffentlich vorgestellt

Rechtsextreme Gruppen und Personen traten ab 1990 in Gera, Jena und ganz Thüringen schnell und aggressiv mit verschiedenen Aktivitäten auf. Die langjährig CDU-geführten Landesregierungen und die Sicherheitsbehörden verharmlosten und verleugneten das Problem von Rechtsaußen durchweg und vergrößerten so die Handlungsmöglichkeiten für die extreme Rechte. Thüringen wurde zu einem attraktiven Aufmarsch- und Aktionsgebiet – und schließlich zum Sozialisationsort des rechtsterroristischen Kerntrios des Nationalsozialistischen Untergrunds. Offen ist die Frage, warum sich diese Strukturen ausgerechnet in der Stadt Jena entwickelten, die bis 1990 jedenfalls nicht als Zentrum extrem rechter Aktivitäten bekannt war. Die Entstehungsbedingungen und möglichen neonazistischen Kontinuitäten wurden bisher nicht systematisch analysiert und untersucht.

Michael Ebenau füllt diese Lücke mit seiner Forschungs- und Recherchearbeit „Jena vor dem NSU – Rechtsextremismus bis 1990 in Jena und Ostthüringen“. Für diese umfangreiche Quellenstudie ging er ereignisgeschichtlich vor und wertete u.a. Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv sowie Polizeiberichte und staatsanwaltliche Ermittlungsakten aus dem Staatsarchiv Rudolstadt aus. Dass der amtliche Blick die Realität verkürzt, da er andere Sichtweisen und Erfahrungen ausblendet, zeigt Michael Ebenau dabei deutlich.

Seine Grundthesen lauten:

- Alte Ideologien und Überzeugungen überdauern im privaten und beruflichen Umfeld und bleiben ein Nährboden.
- Ein wirksames Mittel zur Überwindung der NS-Ideologie wird nicht gefunden.



Als auffällige ideologische Ausprägungen macht er die Verherrlichung des Nationalsozialismus, einen überbordenden Nationalismus, phasenweise auch Antisemitismus sowie in den 1980er-Jahren einen zunehmend aggressiven Rassismus aus.

Die Forschungsarbeit, veröffentlicht in Kooperation zwischen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen mit dem IDZ, wurde am 24. April 2023 im Rathaus in Jena durch den Autoren vorgestellt sowie durch Lucia Bruns, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Alice Salomon

Hochschule Berlin, aus Perspektive der Jugendsozialarbeit kommentiert. Am 23. Mai 2023 konnte die Studie auch im Stadtmuseum Gera präsentiert werden.

Der Bericht ist online abrufbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Jena_vor_dem_NSU_Forschungsbericht_Web.pdf und kann unter bestellung@idz-jena als Printexemplar bezogen werden.

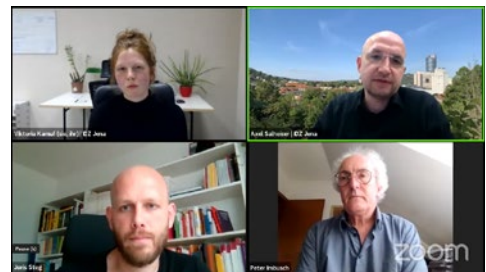
Neuer Forschungsbericht zu „Demokratie unter Druck – Anfeindungen auf Amtsträger*innen in der Kommunalpolitik und Beschäftigte der Kommunalverwaltung Thüringen“

Bereits im Jahr 2022 wurde am IDZ die Studie zu Anfeindungen und Angriffen auf haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen und kommunale Verwaltungsmitarbeitende in Thüringen durchgeführt (Bearbeitung: Viktoria Kamuf, Janine Dieckmann, Daniel Geschke, Axel Salheiser mit Unterstützung des studentischen Mitarbeiters Marc Blüml). Im Fokus der in Thüringen in dieser Form erstmalig durchgeführten Befragung standen Art und Häufigkeit erlebter Anfeindungen und die Reaktionen von Betroffenen. Die Studie basiert auf einer standardisierten Onlinebefragung: Der Fragebogen wurde in Anknüpfung an die Ergebnisse ähnlicher Studien aus dem Bundesgebiet konzipiert, mit eigenen, neu entwickelten Fragen ergänzt und an die Landkreise, Städte und Gemeinden Thüringens versendet.



An der anonymen Befragung nahmen 129 Personen teil. Die Mehrheit der Teilnehmenden war männlich (63 %) und hauptamtlich tätig (78 %). 71 Teilnehmende waren haupt- und ehrenamtliche kommunalpolitische Amtsträger*innen (z. B. Bürgermeister*innen, Landrät*innen; 55 %), 57 Teilnehmende Beschäftigte in den Kommunalverwaltungen (z. B. Amtsleiter*innen, Sachbearbeiter*innen; 44 %). Es nahmen Personen aus allen Gemeindegrößen teil.

Die Ergebnisse zeigen: Vor allem verbale und schriftliche Beleidigungen und Bedrohungen gehören für viele Amtsträger*innen und Verwaltungsangestellte zum Arbeitsalltag. So gaben 73 der 129 Studienteilnehmenden an, in den letzten 5 Jahren Anfeindungen erlebt zu haben. Über die Hälfte der Befragten (57 %) hat bereits Erfahrungen mit Beleidigungen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen oder sogar körperlicher Gewalt in Zusammenhang mit ihrer Arbeit gemacht. Besonders betroffen sind hauptamtlich Beschäftigte. Zudem gibt es Unterschiede nach Gemeindegröße: So erleben deutlich mehr Befragte aus Groß- und Mittelstädten Anfeindungen als Personen, die in kleineren Städten arbeiten. Seit Beginn der Corona-Pandemie wird zudem eine Erhöhung der Häufigkeit bei Anfeindungen beobachtet. Viele Befragte wünschen sich folglich eine effektivere Strafverfolgung und bessere Beratungsangebote.



Online-Talk am 10. Mai 2023 zum Abschluss des IDZ-Forschungsprojektes: Neben Viktoria Kamuf vom IDZ stellten Prof. Dr. Peter Imbusch (u. r.) und Dr. Joris Steg (u. l.) Befunde zu Bedrohungen und Gewalt gegen politische Amtsträger*innen unter Moderation von Dr. Axel Salheiser vor.

Der Forschungsbericht wurde im Mai 2023 vorgelegt und ist auf der Website des IDZ als PDF-Dokument abrufbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ_Forschungsbericht_Angriffe_Kommunalpol_verw_2023.pdf. Neben mehreren

beantworteten Presseanfragen zur Studie wurden die Ergebnisse am 27. April 2023 von Viktoria Kamuf und Axel Salheiser in einer Veranstaltung mit dem SPD-Ortsverband Erfurt-Altstadt vorgestellt und am 10. Mai 2023 anlässlich der Publikation des Forschungsberichts von Viktoria Kamuf in einer Online-Veranstaltung (Youtube-Stream) präsentiert. Bei diesem von Axel Salheiser moderierten Online-Talk zum Abschluss des IDZ-Forschungsprojektes stellten außerdem Prof. Dr. Peter Imbusch und Dr. Joris Steg (Bergische Universität Wuppertal) ihre Befunde zu „Bedrohungen und Gewalt gegen politische Amtsträger*innen – eine Gefahr für die Demokratie“ aufgrund einer ähnlichen Befragung im Bergischen Städtedreieck vor, zu der ein gleichnamiger Beitrag in der WsD 12 publiziert wurde.

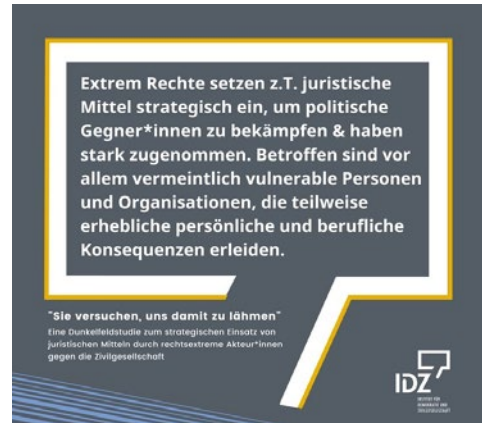
Neues Factsheet zu „Reichsbürger*innen“

Unter dem Begriff der „Reichsbürger“ werden klassischerweise Personen verstanden, die die Existenz und Legitimität der Bundesrepublik Deutschland leugnen und sich berufen fühlen, die Fortexistenz des Deutschen Reichs praktisch umzusetzen. Auf Privatgrundstücken bauen sie eigene Gemeinschaftsordnungen auf und simulieren eigene staatliche Strukturen. Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Gruppen und Einzelpersonen, die die Legitimität der BRD leugnen und die öfter unter dem Begriff der „Souveränisten“ zusammengefasst werden.

Dass das Phänomen der „Reichsbürger*innen“ keine harmlose Spinnerei ist und dahinter die grundlegende Ablehnung der modernen, liberalen und demokratischen Gesellschaft steht, zeigt kurz und kompakt unser neues Factsheet über rechte Ideologie, Strukturen und Aktivitäten der „Reichsbürger*innenszene“. Es ist online abrufbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Factsheets/WEB_Factsheets_Reichsbuerger.pdf und gedruckt bestellbar unter bestellung@idz-jena.de.



„Sie versuchen, uns damit zu lähmen“: Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft



Die Studie der Open Knowledge Foundation Deutschland e. V. (OKF), durchgeführt durch ein Team des IDZ (Cornelius Helmert, Johanna Treidl, Marleen Thürling, Alina Mönig), zeigt, dass die extreme Rechte z. T. strategisch juristische Mittel und Androhungen einsetzt, um vermeintliche politische Gegner*innen zu bekämpfen und dass diese juristischen Interventionen in den vergangenen Jahren stark zugenommen haben. Betroffen sind v. a. vermeintlich vulnerable Personen und Organisationen, die teilweise erhebliche persönliche und berufliche Konsequenzen erleiden. Die Studie zeigt außerdem, dass die juristischen Interventionen in einem allgemeinen Bedrohungs-Szenario durch die extreme Rechte geschehen (Hatespeech, körperliche und verbale Angriffe etc.) und abschreckende und einschüchternde Wirkung über die unmittelbar Betroffenen hinaus entfalten. Eine weitere Erkenntnis der Studie ist: Betroffene konnten sich häufig erfolgreich gegen die juristische Intervention wehren. Zur Studie: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Dunkelfeldstudie_GegenRechtsSchutz..pdf.

Als Konsequenz aus der Studie hat FragDenStaat, ein Projekt in Trägerschaft der OKF Deutschland zur Förderung der Informationsfreiheit, eine Unterstützungsstruktur aufgebaut, die ab sofort Betroffenen Beratung, Expertise und finanzielle Unterstützung anbietet. Mehr unter <https://fragdenstaat.de/gegenrechts/>.



Forschungsbericht von JUROP: Social Media-Analyse „Jugendliche und Europa“

Im Rahmen des Kooperationsprojekts „JUROP: Jugendliche und Europa – Zwischen Zusammenhalt und Polarisierung“ wurde mittels einer Social Media-Analyse untersucht, welche Rolle Europa- und EU-bezogene Themen auf Social Media spielen und wie und wo Jugendliche auf Social Media mit diesen Themen in Kontakt kommen. Mithilfe einer Hashtag- und Accountanalyse näherten sich die Autor*innen Cornelius Helmert, Jaroscha Pia Steinhauer und Janine Dieckmann diesen Fragen an. Die Studie zum Download findet sich hier: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Ju-rop_Social-Media-Analyse.pdf.



Auffällig war, dass für Jugendliche relevante Creator*innen häufig politische Themen allgemein und auch EU- und europabezogene Inhalte meiden. Jugendorganisationen, von Feuerwehr- über Pfadfinder*innenverbände bis zu den Jugendorganisationen der Parteien, äußerten sich hingegen weit überwiegend proeuropäisch. Gleichwohl äußerten sie z. T. starke Kritik an konkreten politischen Handlungen der EU, ohne diese grundsätzlich infrage zu stellen. Auf Basis der Social-Media-Analyse wurden die weiteren Teilstudien des Projektes aufgebaut und die Bildungsformate konzipiert.

Studie zu Bürgergenossenschaften und Engagementförderung

Bürgergenossenschaften sind eine neue und innovative Organisationsform für bürgerschaftliches Engagement. Zumeist sind es Bürger*innen einer Region, die sich zusammenschließen, um bestimmte Versorgungsleistungen oder Infrastrukturen eigenverantwortlich zu übernehmen.



Die Studie der Autorin Marleen Thürling, die am IDZ erschienen ist, untersucht das Zusammenspiel von Bürgergenossenschaften und Einrichtungen der Engagementförderung und ist in einer Kurz- und einer Langversion auf der Homepage des IDZ abrufbar unter: <https://www.idz-jena.de/pubdet/studie-buergergenossenschaften-und-engagementfuerderung-unterstuetzungsangebote-und-vernetzungspotenziale>.

Lese- und Diskussionsreihe zum gemeinsamen Buch „Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende“ von Matthias Quent, Axel Salheiser und Christoph Richter

Nachdem Ende 2022 das Diskursbuch der Autoren Matthias Quent, Axel Salheiser und Christoph Richter „Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende“ erschien, folgten viele analoge und digitale öffentliche Veranstaltungsformate, in denen die Thesen des Buches vorgestellt und diskutiert wurden. Im Buch geht es u. a. um den Zusammenhang zwischen Klimakrise, globaler Ungleichheit, historischem und aktuellem Rassismus.



Ein Teil der Veranstaltungsformate bestand in einer Lese- und Diskussionsreihe, deren Auftakt das Wissenschaftsfestival Globe23 Ende 2022 in Leipzig war. Es folgten Stationen u. a. in Erfurt (Wahlkreisbüro Redroxx 23.01.2023 und im Augustinerkloster 14.02.2023), an der Volkshochschule Bielefeld (09.05.2023) und in Potsdam beim Podiumsgespräch „Klimaschutz im Fokus“ am 08. Mai 2023. Jenseits der größeren Ballungszentren führte uns die Reise in Thüringen auch nach Kahla (Demokratieladen Kahla 01.06.2023), Ilmenau (Wahlkreisbüro ZinXX 13.06.2023) und Saalfeld (Wahlkreisbüro Haskala: 16.06.2023). An den unterschiedlichen Orten fanden die Autoren stets ein interessiertes Publikum vor und freuten sich über die Diskussionen und den Austausch mit engagierten Teilnehmenden und Veranstalter*innen.

Rückblick auf die Veranstaltung „Vom autoritären Charakter zum mündigen Menschen – Wie kann uns die Kritische Theorie heute im Kampf gegen Autoritarismus und Antisemitismus helfen?“



v. l. n. r.: Marvin Ester, Benjamin-Immanuel Hoff, Judith Hilz und Viktoria Kamuf während der Podiumsdiskussion am 5. Juni 2023 im Theaterhaus Jena (Foto: Joël Ben-Yehoshua)

Vor 100 Jahren fand in Geraberg die „Erste Marxistische Arbeitswoche“ statt. Hier wurden erste Grundsteine für eine der wichtigsten Gesellschaftstheorien des 20. Jahrhunderts, die Kritische Theorie, gelegt. Aus diesem Anlass fragten wir uns am IDZ, welche Bedeutung die Kritische Theorie für das Verständnis unserer Gesellschaft heute hat – und wie sie uns helfen kann, aktuelle Erscheinungen des Autoritarismus und Antisemitismus zu erkennen und zu bekämpfen. In Kooperation mit dem Theaterhaus Jena organisierten wir am 5. Juni 2023 einen Vortrags- und Diskussionsabend. In einem einführenden Vortrag erläuterte Marvin Ester vom Centre for Social Critique an der Humboldt-Universität zu Berlin, welche Merkmale den „autoritären Charakter“ im Sinne der Kritischen Theorie konkret ausmachen und in welche gesellschaftlich-strukturellen Bedingungen diese Persönlichkeitsstruktur eingebettet ist. Anschließend diskutierten er, Judith Hilz von den Falken Jena und Benjamin-Immanuel Hoff (Beauftragter des Landes für jüdisches Leben und die Bekämpfung von Antisemitismus) mit Viktoria Kamuf vom IDZ, wie diese theoretischen Erkenntnisse in praktisch-politisches Handeln umgewandelt werden können. Die Veranstaltung wurde vom BMBF im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt gefördert.

Vortrags- und Diskussionsabend: Es bleibt dabei – Kein Schlussstrich!

Am 9. Juni 2023 fand in der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena ein Vortrags- und Diskussionsabend statt, der vom

Arbeitskreis „Kein Schlussstrich“ des Runden Tisches für Demokratie Jena unter Beteiligung von IDZ-Mitarbeiter*innen veranstaltet wurde. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex und den Herausforderungen, die sich dabei der Stadtgesellschaft auch zwölf Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU stellen. Während es in Sachsen inzwischen konkrete Überlegungen für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex in Chemnitz und Zwickau gibt, herrscht in Jena in dieser Frage erschreckende Stille. Zunächst stellte Jörg Buschmann vom RAA Sachsen die „Konzeptions- und Machbarkeitsstudie für ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex“ vor. Anschließend diskutierten Mitglieder des Jenaer Arbeitskreises mit dem Publikum. Die Veranstaltung, die ein Ausgangspunkt für weitere Überlegungen und zukünftige Workshop-Formate war, hat Franziska Schestak-Haase von ezra moderiert.

Veröffentlichung der „Thüringer Zustände 2022“ am 27. Juni 2023: Rassistische Stimmungsmache und antidemokratische Protestmobilisierung verschärfen Situation im Freistaat

Die „Thüringer Zustände“ sind das 3. Jahr in Folge erschienen und werden herausgegeben von ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, von MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, vom KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena und vom IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Die Herausgeber*innen verweisen auf die besorgniserregende Situation im Freistaat, die sich 2022 noch einmal verschärft hat. Zur Rolle der Thüringer AfD erklärt Dr. Axel Salheiser, der wissenschaftliche Leiter des IDZ: „Die extrem rechte Partei nimmt die Scharnierfunktion zwischen rechtspopulistisch ideologischer Bevölkerung und organisierter rechter Szene im Parlament und auf der Straße ein. Dazu gehört ein immer offenerer Schulterschluss mit Neonazis.“

Kostenlose Druckexemplare der „Thüringer Zustände 2022“ können bei den herausgebenden Institutionen bezogen werden. Die PDF-Version ist hier verfügbar: www.thueringer-zustaende.de.



Veranstaltungsankündigungen

Fachtag Kuratorium und Fachbeirat am IDZ am 7. Juli 2023

Am 07. Juli 2023 findet der gemeinsame Fachtag von zivilgesellschaftlichem Kuratorium und wissenschaftlichem Beirat des IDZ statt. Zum ersten Mal seit Bestehen des IDZ treffen damit die beiden beratenden Gremien aufeinander. Während der Fachbeirat das IDZ bei seinen Forschungstätigkeiten aus wissenschaftlicher Perspektive berät, gewährleistet und unterstützt das Kuratorium die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in die Entwicklung von Forschungsfragen und die Durchführung von Forschungs- und Transferprojekten am IDZ. Beim diesjährigen gemeinsamen Fachtag stehen die inhaltlichen Forschungsschwerpunkte des IDZ der kommenden Jahre, die strategische Weiterentwicklung des Instituts sowie die Diskussion aktueller Herausforderungen für die Demokratie in Thüringen, insbesondere im Hinblick auf die Landtagswahlen 2024, im Fokus. Die Veranstaltung findet nicht öffentlich statt.

Lesung mit anschließendem Publikumsgespräch: „Sicher sind wir nicht geliebt. Jüdischsein in Deutschland“ am 20. Juli 2023

Donnerstag, 20. Juli 2023

18 Uhr Erfurt

Kulturquartier Schauspielhaus

Klostergang 4

Eintritt frei!

Was bedeutet es, heute in Deutschland jüdisch zu sein? Wenn über jüdisches Leben in Deutschland gesprochen wird, dann vor allem bezogen auf die Shoah und Antisemitismus. Damit aber werden Jüdinnen und Juden zu Objekten von Themen, die zwar untrennbar verbunden sind mit dem Land, in dem sie leben. Ihr eigenes Leben mit all seinen Realitäten aber taucht in gesellschaftlichen Diskursen kaum auf. Die Autor:innen nehmen einen radikalen Perspektivwechsel vor, indem sie die Vielfalt jüdischer Positionen aufzeigen und sich als Jüdinnen*Juden selbst zu Wort melden. Sie schreiben über Rollen, die

ihnen zugewiesen werden, über das Unbehagen, das die Präsenz lebender Jüdinnen*Juden manchmal auslöst, über den Schmerz und die Leerstellen, die sie empfinden, aber auch über Chancen und Perspektiven.

Lesung und Gespräch mit:

- Laura Cazés, Herausgeberin des Sammelbandes. Sie studierte Psychologie und Sozialmanagement in Göttingen und Berlin. Seit 2020 leitet sie den Bereich für Kommunikation und Digitalisierung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.
- Marina Chernivsky ist Psychologin und Verhaltenswissenschaftlerin. Sie forscht und arbeitet zu Nachgeschichte der Shoah, Antisemitismus und Diskriminierung. Sie ist Gründerin und Leiterin des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment und der Beratungsstelle OFEK e.V. Seit 2019 ist sie Mitglied im Beratungsgremium des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus.
- Ruben Gerczikow ist Autor, Publizist und hat Publizistik und Kommunikationswissenschaften studiert. Er recherchiert zu antisemitischen Strukturen im analogen und digitalen Raum. Seine Veröffentlichungen behandeln die Themenfelder Antisemitismus, Rechtsextremismus, Islamismus und jüdische Gegenwart.
- Moderation: Susanne Zielinski, Leiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen

Fachtagung: „Rechte in der Mitte“ Demokratiegefährdung durch den radikalisierten Konservatismus am 18. Oktober 2023

Radikalisierte Konservatismus bezeichnet eine aktuelle politische Dynamik. International zeigte sich in den vergangenen Jahren was passiert, wenn sich der politische



Konservatismus radikalisiert: Vertreter*innen klassischer konservativer Parteien übernehmen zum Teil Sprachbilder und ideologische Elemente der radikalen Rechten und zielen so mithilfe von Tabubrüchen darauf ab demokratische Regeln zu brechen. Das ist bedrohlich und erfordert weiterhin eine resiliente Gesellschaft gegen Menschenfeindlichkeit und Demokratiefreundschaft.



Über Erscheinungsformen und Spezifika dieser politischen Entwicklung möchten wir am 18. Oktober 2023 im Zughafen Erfurt mit unterschiedlichen Fachvertreter*innen im Rahmen der Fachtagung sprechen.

Die Fachtagung ist eine gemeinsame Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Mobilen Beratung in Thüringen, ezra - Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, KomRex (Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration) und Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).

Ausführliche Informationen folgen.

In eigener Sache: IDZ in neuen Räumlichkeiten

Wir haben es im letzten Newsletter bereits angekündigt und an dieser Stelle ein kleiner Reminder: Das IDZ ist umgezogen, alle Kartons sind mittlerweile ausgepackt und wir sind nun in der Tatzenpromenade 2a (Eingang 1) in 07745 Jena zu finden.

Neue Mitarbeiter*innen am IDZ

Janina Wollmann ist seit Mai 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Studie „Auswertung der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex“. Sie studierte Soziologie/Psychologie (B. A.) und Soziologie (M. A.) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Universidad de Concepción/Chile. In ihrer Masterarbeit analysierte sie das Prekarisierungspotenzial alleinerziehender Frauen im Kontext von Eigentumsverhältnissen in Deutschland. Vor ihrer Tätigkeit beim IDZ Jena arbeitete sie bei der unabhängigen Thüringer Antidiskriminierungsberatungsstelle EmpowerMensch und im Bereich Flucht und Asyl.

Ihre Arbeitsschwerpunkte: NSU-Komplex und Rechtsextremismus; geschlechtsspezifische Ungleichheit in Deutschland, Schwerpunkt: alleinerziehende Frauen; (Anti-)Diskriminierung und gesellschaftliche Diversität; Flucht, Asyl, Migration.

Call for Papers Band 15 der Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie: Behindernde Gesellschaft

Im 15. Band der IDZ-Schriftenreihe sollen Themen der Lebensrealitäten, Inklusion, Diskriminierung und des gesellschaftlichen Ableismus sowie seine historischen Kontinuitäten und Erinnerung an die Euthanasie-Verbrechen aus der NS-Zeit zusammengetragen werden. Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zum Thema Inklusion in Bezug auf alle gesellschaftlichen Bereiche sowie die Vereinnahmung von Inklusionsthemen durch rechtsradikale Akteur*innen sollen Inhalt des Bandes sein. Dabei soll auch ein Fokus auf Thüringen gelegt werden, indem beispielsweise die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen in den Blick genommen wird; Projekte, die Arbeit von Selbstorganisationen, -vertretungen und von ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatungsstellen (EUTB®) in Thüringen können vorgestellt werden oder Beiträge zur historischen Rolle medizinischer Orte in Thüringen zu NS-Zeiten aufgegriffen werden.

Interessierte Autor*innen aller Disziplinen sind eingeladen, wissenschaftliche Artikel sowie Praxis- und Recherchebeiträge insb. zu folgenden Themen einzureichen:

- **Ableismus als gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologie und seine Auswirkungen:** Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderung(en)/chronischen Krankheiten/psychischen Diagnosen sowie ihre intersektionalen Verwobenheiten; Hasskriminalität und Gewalt gegen Menschen mit Behinderung; Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland (z. B. Bildungssystem, Arbeitsleben, Wohnen); Disability-Mainstreaming, Design für alle, Aspekte der Barrierefreiheit; Reproduktion von Bildern über Behinderung in Medien, Literatur, Filmen/Serien; Umgang mit Menschen mit Behinderungen während der Corona-Pandemiezeit; Ableismus in der Medizin und im Gesundheitswesen; Rechtsextreme Vereinnahmung von Inklusionsthemen

- **Historische Kontinuitäten:** Euthanasieverbrechen und -biografien, Bedeutung von Medizin im Nationalsozialismus; Umgang mit Menschen mit Behinderungen in der DDR, BRD; Ableismuskritische Einordnung der Entstehung von Institutionen
- **Aktivismus:** Geschichte der Emanzipationsbewegung/Krüppelbewegung/Initiative Selbstbestimmt Leben e. V. usw.; Marginalisierung von Inklusionsthemen und Menschen mit Behinderung in Diskursen zu Gleichberechtigung/Demokratie sowie weiteren aktivistische Bewegungen und Projekten; aktivistische Perspektiven auf Demokratiewerk und -prozesse; Best-Practice-Projekte

Interessierte senden bitte bis spätestens **15. Juli 2023** ein Abstract im Umfang von max. zwei Seiten an wsd@idz-jena.de. Die Abstracts werden redaktionell gesichtet. Autor*innen ausgewählter Abstracts werden schnellstmöglich eingeladen, ein Manuskript (max. 20.000 Zeichen ohne Literaturverzeichnis) bis zum **31. Dezember 2023** einzureichen. Diese werden anschließend begutachtet. Die positiv begutachteten Beiträge erscheinen voraussichtlich im zweiten Quartal 2024. Wir freuen uns auf Ihre Einreichungen! Die Schriftenreihe richtet sich an Forschende und Praktiker*innen, daher wird ein auch für Nichtakademiker*innen verständlicher Schreibstil erwartet.

Der vollständige barrierefreie Call sowie der vollständige konventionelle Call ist abrufbar unter: <https://www.idz-jena.de/newsdet/behindernde-gesellschaft-cfp-15-band-idz-schriftenreihe-wissen-schafft-demokratie>.

Redaktionsteam: Julia Fischer (Doktorandin, Universität Marburg/Vorstand LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.), Dr. Janine Dieckmann (IDZ), Prof. Heinrich Greving (Katholische Hochschule Münster), Susanne Haldrich (IDZ)



Neuerscheinung
im Juli 2023



Unter anderem mit folgenden Beiträgen:

Wenn Feminismus zum „absoluten Feind“ wird – zu den Konturen eines antisemitischen Antifeminismus

Ursula Birsl

Wenn die, die Ausgrenzung bekämpfen, ausgrenzen: feministischer Rassismus oder fehlende Sensibilität?

Ayten Kılıçarslan

Hass im Netz aus intersektionaler Perspektive

Laura Dellagiacoma

Falls Sie Interesse an der kostenfreien Zusendung des Bandes haben, kann er unter bestellung@idz-jena.de angefordert werden. Zusätzlich werden alle Texte auch kostenfrei auf der Webseite des IDZ zum Download bereitgestellt: <https://www.idz-jena.de/schriftenreihe/ueber-die-schriftenreihe>

